

Mainz, 23.01.2014

Antrag **0360/2011 zur Sitzung Stadtrat am 16.02.2011**

Soziale Teilhabe und die Bekämpfung von Armut dauerhaft sicherstellen

Soziale Sicherheit, gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit sind wichtige Prinzipien für eine positive Entwicklung unserer Stadt. Ein wesentliches Ziel liegt daher in einer präventiven Armutsbekämpfung. Wir benötigen verlässliche und flexible Förder- und Hilfsangebote, die auf die unterschiedlichen Lebenslagen und gewandelten Bedürfnislagen von Menschen angemessen reagieren. Vielen Menschen, speziell Familien mit Kindern, ist eine breite kulturelle und soziale Teilhabe sowie flexible Mobilität aufgrund ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse verwehrt. Mit der geplanten Einführung eines „MainzPasses“ als Sozialpass hat die Stadt Mainz den ersten Schritt begonnen.

Der Stadtrat möge deshalb beschließen:

1. Die Verwaltung soll prüfen, wie die präventive Jugend- und Sozialarbeit der freien Träger optimiert, ggf. ausgeweitet und dauerhaft finanziell abgesichert werden kann (z.B. durch Leistungsvereinbarungen).
2. Die Verwaltung wird beauftragt die Einführung des „MainzPasses“ als Sozialpass weiter zu prüfen. Die städtischen Leistungen des bisherigen Sozialausweises unter Einbeziehung privater Anbieter sowie Sportvereinen, der Theater, der Volkshochschule, der Schwimmbäder, der Museen, des Peter-Cornelius-Konservatoriums und anderen Trägern und Anbietern bilden dabei die Grundlage.

Hierbei gilt es insbesondere zu prüfen, wie der „MainzPass“ mit einem Sozialtarif der Mainzer Verkehrsgesellschaft (MVG) unterlegt werden kann.

Oliver Sucher (Fraktionsvorsitzender, SPD)
Katrin Eder (Fraktionssprecherin, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Walter Koppius (Fraktionsvorsitzender, FDP)

